

Energie

## dena setzt mit neuer Gebäudestudie weiter auf Öl und Gas – unrealistisch, kritisiert die Deutsche Umwelthilfe, denn in klimaneutralen Gebäuden kein Platz mehr für fossile Heizungen

Zeitlich passend zu den anstehenden Koalitionsverhandlungen stellt die Deutsche Energie-Agentur (dena) in Berlin die Ergebnisse ihrer „Gebäudestudie“ vor. Laut der Studie sieht die dena auch 2050 noch fossile Gas- und Ölheizungen im Gebäudebereich. Unter dem Deckmäntelchen der Technologieutralität sollen bestehende Strukturen zementiert und fossile Technologien möglichst lange im Markt gehalten werden. Der Klimaschutz kommt dabei eindeutig zu kurz. Vor diesem Hintergrund ist das Erreichen der Klimaziele vollkommen unrealistisch, kritisiert die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Die DUH sieht die neue Regierung in der Verantwortung, genau hier den Fokus setzen, um die Potenziale im Gebäudebereich zu heben.



Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH kritisiert: „Die dena scheint nicht zu verstehen, dass in einem klimaneutralen Gebäudebereich kein Platz mehr für fossile Heizungen ist.“  
Foto: DUH/Heidi Scherm

öffentlichen Gebäuden werden dann minimal sein.“ Aufgrund des hohen Energieaufwands bei der Herstellung sowie schlechter Wirkungsgrade gegenüber der direkten Nutzung von Strom, sind synthetische Brenn- und Kraftstoffe aus Power-to-Gas- bzw. Power-to-Liquid-Anlagen nur unter Verwendung von Strom aus nahezu 100 Prozent erneuerbaren Energien klimadienlich – aktuell beträgt ihr Anteil 31,7 Prozent am Bruttostromverbrauch. Mit ihrer Nutzung steigt zudem der erforderliche erneuerbare Strombedarf überproportional an. Da es bis jetzt keine glaubwürdige Antwort auf die Frage gibt, wo die Masse an erneuerbarem Strom herkommen soll, dürfen synthetische Brenn- und Kraftstoffe nur dort zum Einsatz kommen, wo die direkte Nutzung erneuerbarer Energien bzw. erneuerbaren Stroms nicht oder nur begrenzt möglich ist. Das betrifft insbesondere den Schiffs- und Flugverkehr und die industrielle Prozesswärme – nicht primär den Gebäudebereich.

Für den Gebäudebereich setzt die Dena auf einen sogenannten „technologieoffenen Pfad bis 2050“, womit sich laut deren Berechnungen angeblich auch das Reduktionsziel von 95 Prozent Treibhausgas-Emissionen realisieren lässt. Neben konventionellen Kraftstoffen soll ein erheblicher Anteil von synthetischem Gas und Öl die Wärmeversorgung im Gebäudebereich sichern. Da die Grundlagen nicht transparent sind, lassen sich die Berechnungen jedoch nicht nachvollziehen und sind damit nicht kontrollierbar. Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH kritisiert: „Die dena scheint nicht zu verstehen, dass in einem klimaneutralen Gebäudebereich kein Platz mehr für fossile Heizungen ist. Ab 2030 dürfen keine Öl- und Gaskessel mehr verbaut werden. Meinen wir es ernst mit den Klimazielen, muss unsere Versorgung bis 2050 fast vollständig auf der Basis von Wärmepumpen und dekarbonisierten Wärmenetzen umgestellt werden. Die Anteile von synthetischem Gas in privaten oder

### Kontakt:

Sascha Müller-Kraenner,  
Bundesgeschäftsführer  
0160 90354509,  
mueller-kraenner@duh.de  
Paula Brandmeyer,  
Teamleiterin Energieeffizienz  
0160 3201434,  
brandmeyer@duh.de



Lesen Sie auch „Blaupause Wärmewende“ hier als Pdf per Klick auf das Bild

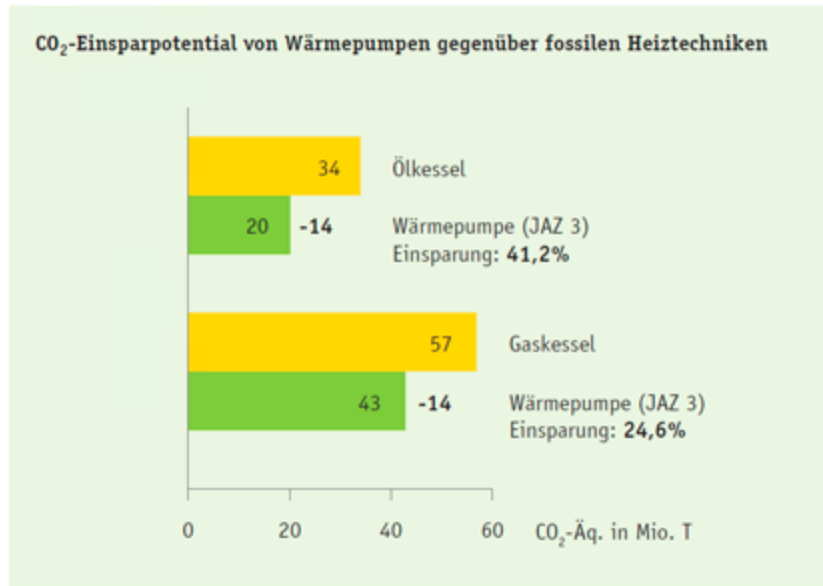


Abbildung 3. Annahme: Endenergieverbrauch für Raumwärme und Warmwasser von Öl (177 TWh) und Gas (379 TWh) im Jahr 2014. Davon würden 60 % durch eine Wärmepumpe (JAZ 3) ersetzt (max. Potential für Installation von Wärmepumpe). Strom (Bundesmix), CO<sub>2</sub>-Äq.(g/kWh): 565g.



Lesen Sie auch „Sektorenkopplung – Klimaschutz mit Strom für Wärme und Verkehr“ hier als Pdf per Klick auf das Bild

Aus Sicht der DUH muss für das Erreichen der Klimaziele im Gebäudebereich oberste Prämisse die Reduktion des Endenergiebedarfs sein. An zweiter Stelle steht die objektnahe Erzeugung von erneuerbarer Wärme, gefolgt vom Einsatz erneuerbaren Stroms über effiziente Technologien wie Wärmepumpen. Um diese Entwicklung zu unterstützen, müssen die bestehenden Energiesteuern um eine CO<sub>2</sub>-Komponente erweitert werden, um die ökologischen Folgekosten einzupreisen und so die Wettbewerbsfähigkeit von Effizienzmaßnahmen und erneuerbaren Strom-Wärme-Anwendungen zu erhöhen. „Dass die Gas- und Öllobby hierbei ihr Geschäftsmodell gefährdet sieht, ist nachvollziehbar. Doch als staatseigenes Unternehmen muss die dena zukünftig die Umsetzung des nationalen Klimaschutzplanes und der völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen in den Mittelpunkt ihres Handelns rücken“, so Müller-Kraenner.

**Andrea Kuper**  
**Ann-Kathrin Marggraf**